

Drei Dörfer zu Husum

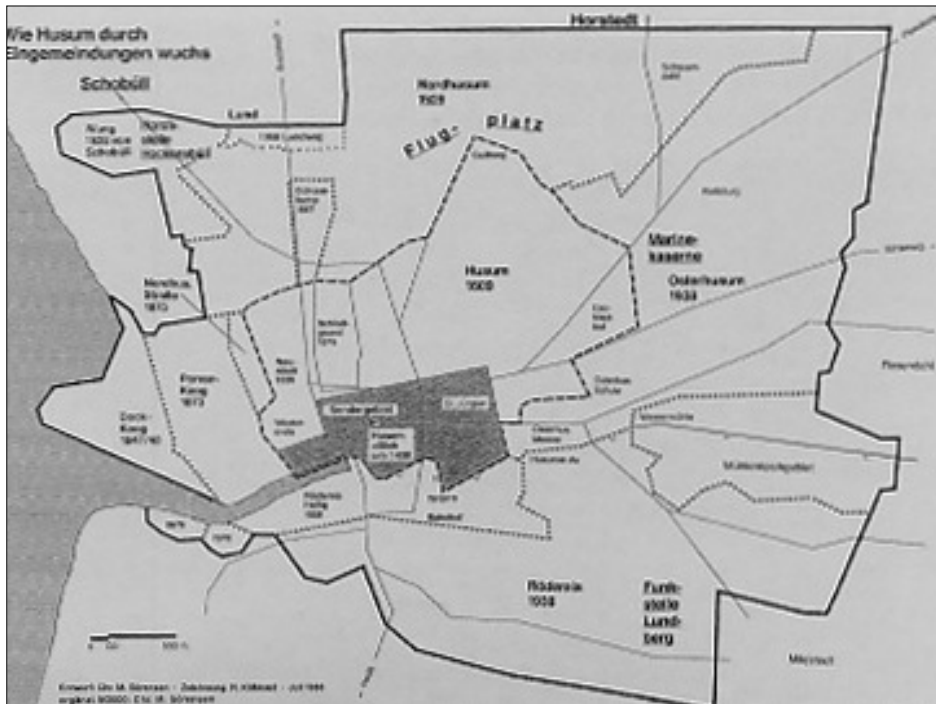
Christian M. Sörensen

Vorbemerkung: Dieser Beitrag lehnt sich an die Darstellung „Husums Entwicklung zur Garnisonsstadt ab 1938“ in den Beiträgen zur Husumer Stadtgeschichte Heft 7 (2000) an, der hier vom Verfasser z. T. gekürzt und z. T. erweitert wurde.

Eingemeindungen schaffen Platz für militärische Einrichtungen.

Heute, im Jahre 2006, ist Husum seit rund 70 Jahren wieder Garnisonsstadt, d. h. Standort für Truppen, also ein ständig mit Truppen belegter Ort. Die dauerhafte Anwesenheit von Militär stärkt die Wirtschaftskraft der Stadt und ihrer Umgebung ganz wesentlich.

Im Laufe ihrer Geschichte hatte die Stadt Husum wiederholt Truppen beherbergt, manchmal als vorübergehende Einquartierung, manchmal als ständige Belegung, die Husum somit zur Garnison machte. In der Erhebungszeit 1848-1850 wurde Husum für einige Zeit zur Garnison, obwohl die Soldaten keine Kasernen hatten, sondern überwiegend einzeln in Familien untergebracht waren. Am Ende des 1. Weltkrieges beherbergte Husum mehrere tausend Verwundete, war also Lazarettstadt, aber keine Garnison im eigentlichen Sinne und wurde es auch nicht in der Weimarer Zeit.



Diese Übersicht zeigt das Wachsen des Stadtgebiets vom Ortskern, dem Sondergebiet "Husem" her, und zwar durch Eingemeindungen. In die 1929 bzw. 1938 übernommenen Ortsteile Nord- und Osterhusum, Rödemis und Wung wurden ab 1938/39 militärische Anlagen gebaut, die hier durch Unterstreichung hervorgehoben sind.

Die Entwicklung Husums zur Garnisonsstadt ab 1938 nimmt ihren Anfang mit einer planmäßigen Vergrößerung des Stadtgebiets, und zwar durch Eingemeindungen [Zum Thema Eingemeindungen siehe auch Brar Riewerts jun., Die räumliche Ausdehnung des Stadtfeldes von Husum. Staatsexamensarbeit Universität Kiel 1984 (masch.)] der Dörfer Rödemis (1.968 Einwohner, 311 ha) und Osterhusum (596 Einwohner, 406 ha). Beide wurden also aus der Verwaltung der Kirchspielslandgemeinde Mildstedt, ab 1934 Amt Mildstedt genannt, herausgelöst und zum 1. April 1938 der Stadtverwaltung unterstellt. Damit war das Stadtgebiet enorm vergrößert worden. Husum hatte bis 1928 etwa 600 ha Fläche.

Durch die Eingemeindung von Nordhusum waren schon im Jahre 1929 fast 400 ha hinzugekommen, und nun stieg das Stadtgebiet 1938 auf 1.738 ha. Es hatte sich also innerhalb eines Jahrzehnts fast verdreifacht! Die Einwohnerzahl erhöhte sich im Jahre 1938 von rund 11.500 auf rd. 14.000.

Im Nordosten kam gleichzeitig noch eine wenig bebaute Fläche von 40 ha mit dem Wung aus der früheren Dorfschaft Lund im Kirchspiel Schobüll hinzu.

Diese Eingemeindungen hatte die Stadt Husum schon lange versucht, auch einmal mit Druck, z. B. als sie ab Winter 1927 durch Beschluss der städtischen Kollegien den umliegenden Ortschaften Gas, Wasser und Licht nehmen wollte, aber damals am Widerstand der Dörfer scheiterte. 1938 nun wurde auf kurzem Verwaltungswege die Eingemeindung verordnet.

In jeden dieser neuen Stadtteile wurde eine militärische Einrichtung gelegt: nach Osterhusum an die Flensburger Chaussee die große Kaserne, damals Marinekaserne, heute Fliegerhorstkaserne genannt, nach Rödemis auf den Lundberg die „Wetterfunkempfangsstelle“ und auf den Wung die Horch- und Peilstelle. In Nordhusum wurde der Grasplatz ab 1939 zum Militärflugplatz ausgebaut, der ab 1930 zunächst als Zivilflugplatz angelegt worden war (siehe Akte „Flugplatz mit Flugzeughalle 1930-1939 im Kreisarchiv NF D2/N 3475). Dieser Flugplatz hieß Schauendahl nach der anliegenden Ausbausiedlung. Auf ihm liegt heute die Julius-Leber-Kaserne, und er darf nicht verwechselt werden mit dem Flugplatz Schwesing, der damals nur zum Scheinflugplatz hergerichtet wurde.

Der kurze Verwaltungsweg bei den Eingemeindungen 1937/38

Husum ist im Laufe seines 400-jährigen Bestehens als Stadt durch Eingemeindungen – wie viele andere Städte auch – und aufgrund seiner besonderen Lage an der Küste durch Eindeichungen gewachsen. Wie die Karte der Eingemeindungen zeigt, ist Husum auch schon vor der Stadtrechtsverleihung von 1603 durch die Einverleibung der Neustadt und des Westerendes von 1525 erheblich größer geworden, und zwar nahezu jedes mal von Teilen aus dem



Die „Wetterfunkempfangsstelle 22“, zugleich Peilstation, auf dem Lundberg zwischen Mildstedt und Rödemis mit den ersten Baracken in der Aufbauphase (Sept. 1939); hier links Albert Person mit einem Kameraden

Gebiet des Kirchspiels Mildstedt, aus dessen Mitte ja einst im 15. Jahrhundert das Sondergebiet „Husem“ als stadtähnliche Siedlung entstanden ist. Übrigens sind hier kleinere Eingemeindungen von wenig bebauten Flächen bis in die letzten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts vorgenommen worden.

Das Verfahren hat sich jedoch im Laufe des 20. Jahrhunderts wesentlich geändert. Als 1910/11 das Bahnhofsgelände südlich der Husumer Au (1854 nahm hier der erste Bahnhof seinen Betrieb auf) endlich von der Dorfschaft Rödemis in die Verwaltungshoheit der Stadt überführt wurde, musste noch jeder Landbesitzer zustimmen, und es gab eine kleine Verzögerung, weil ein Hauseigentümer am Damm sich zunächst sträubte. Im Kaiserreich wurden also die Eigentumsrechte noch sehr weitgehend ausgelegt und entsprechend respektiert.

In der Weimarer Republik wurde das Zustimmungsrecht insofern eingeschränkt, als nun Mehrheitsbeschlüsse der Einwohner und der parlamentarischen Vertretung reichten. Für Widerstand einzelner Bürger gab es also keine rechtliche Grundlage mehr. Das neue Verfahren wurde auch 1928/29 bei der Umgemeindung von Nordhusum angewandt, dessen Wohnbereich hauptsächlich an der Schobüller Straße mit der eigenen Schule, dem heutigen Pastorat, an der Bredstedter Straße und beim Ausbau Schauendahl lag, nachdem der alte Dorfkern um die Nordhusumer Straße schon 1875 zu Husum gekommen war.

Die Einwohnerschaft von Nordhusum hatte mehrheitlich zugestimmt und schließlich gab auch die Vertretung der zuständigen Kirchspielslandgemeinde Mildstedt ihr Einverständnis, so dass die Nordhusumer ab 1929 den kürzeren Weg zum Husumer Rathaus statt zur Mildstedter Verwaltung hatten.

Die Dorfschaften Rödemis und Osterhusum sträubten sich jedoch damals gegen das Drängen zum Anschluss an die Stadt, obwohl sie ähnlich nahe wie Nordhusum gelegen waren und ebenfalls über Husum mit Gas, Wasser und Licht versorgt wurden und die Stadt mit Versorgungssperre drohte. Sie wünschten ihre Selbstverwaltungsrechte zu behalten und damit verbunden ihre niedrigeren Steuersätze. Im NS-Staat

wurde auf diese ehemaligen Rechte keine Rücksicht genommen, ja die beiden Orte, die wie viele Dorfschaften durch die Kommunalreform 1934 zu selbständigen Gemeinden geworden waren und damit mehr Kompetenzen vom Amt Mildstedt übernommen hatten, wurden geradezu überfahren. Der Landrat hatte über den NSDAP-Kreisleiter die Anweisung erhalten, die geplanten Eingemeindungen schnell mit den beteiligten Gemeinden zu regeln. Er teilte ihnen die obrigkeitlichen Vorhaben mit und forderte sie zu umgehender Stellungnahme auf. Welche Eile bewusst an den Tag gelegt wurde, ist am Verfahren gegenüber der mitbezogenen Ortschaft Mildstedt abzulesen. Die Gemeinde Mildstedt sollte nämlich wegen ihrer beengten Lage zwei Teilgebiete von Rödemis erhalten. – Am 13. Dez. 1937 schrieb Landrat Kalmus an den Bürgermeister in Mildstedt und gab eine kurze Frist an: „Ich teile Ihnen hierdurch vertraulich mit, dass beabsichtigt ist, ausschließlich aus Grün-



Die Kaserne an der Flensburger Chaussee (hier ca. 1963) wurde 1939/40 erbaut und am 6. Juli 1940 von Marinerekruten bezogen, hieß zunächst Marinekaserne und wurde von der Bundeswehr später als Fliegerhorstkaserne übernommen. Über dem Torbogen der Marinekaserne steht der später angebrachte lateinische Nato-Leitspruch „VIGILIA PRETIUM LIBERTATIS“ – Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit.

den des öffentlichen Wohles, die Gemeinden Rödemis und Osterhusum in die Stadt einzugemeinden ... Ich ersuche Sie, zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen, insbesondere darüber, ob die Gemeinde gewillt ist, diesen Teil in die Gemeinde Mildstedt einzugemeinden. Der Gemeinderat ist zu dieser Frage zu hören. Über die Beratung ist eine Niederschrift zu fertigen ... (und) mir zusammen mit Ihrer Stellungnahme bis spätestens zum 16. d. Mts. vorzulegen. Der Termin ist unbedingt einzuhalten.“

Setzt man den kürzestmöglichen Geschäftsgang voraus, so blieb dem Bürgermeister mit seinen Gemeinderäten, die damals sowieso nur beratende und keine beschließende Funktion hatten, nur ein Tag Zeit zum Nachdenken. Im Falle der Gemeinde Mildstedt war das nicht schwerwiegend, da sie aus dieser Regelung nur Vorteile hatte. Die Eile von 1937/38 hing nicht nur mit den offenbar drängenden Militär-

planungen zusammen, sondern sollte offensichtlich auch lange Diskussionen in der Bevölkerung verhindern. Widerstand von Bürgermeistern und Gemeinderäten selbst war nicht zu erwarten, da diese ja Parteigenossen waren und nach dem Führerprinzip den Entscheidungen von oben zu folgen hatten und ihnen Kritik nicht erlaubt war.

*Verschweigen der wahren Gründe
in der Öffentlichkeit – auch auf der „Feier“*

Wie aus dem Schreiben an den Mildstedter Bürgermeister deutlich wurde, sollte die Angelegenheit vertraulich behandelt werden, damit keine Diskussionen in der Bevölkerung entstehen konnten; denn natürlich war die Eingemeindung für die Einwohner von Rödemis und Osterhusum eine einschneidende Maßnahme in Verwaltung und Selbstverwal-

tung, besonders hinsichtlich der Steuersätze und Straßenreinigung. Im Schreiben des Landrats an die Gemeinden wurden die eigentlichen Eingemeindungsgründe verschwiegen. Er sprach nur von „Gründen des öffentlichen Wohls“. Dabei hatte ihm der Kreisleiter die wahren Gründe genannt: Die Kriegsmarine bekunde großes Interesse, in Husum eine Garnison aufzubauen. Daher sei eine Erweiterung des Husumer Stadtgebiets notwendig. Diese Gründe wurden jedoch selbst beim Vollzug der Umgemeindung verschwiegen.

Um der Bevölkerung wenigstens die Maßnahme im NS-Sinne zu erläutern, wurde Ende März 1938 eine „Feier“ in der Gastwirtschaft Clausen in Rödemis veranstaltet, die durch Fahneneinmarsch, Gesang, Sprechchor und Vor-



Schon beim Marinetag am 2. Juli 1933 nahm eine Infanterie-Einheit der Reichswehr mit aufgesetztem Stahlhelm am Umzug teil, ganz im NS-Sinne der „Wehrhaftmachung des breiten Volkes“, hier beim Vorbeimarsch am Rathaus.

spruch der Hitler-Jugend eingeleitet wurde. Anschließend sprachen der Rödemisser Ortsgruppenleiter Nagel, Kreisleiter Hermann Hansen und der seit dem 1. Jan. 1938 amtierende Husumer Bürgermeister Waldemar Bieling. Im 2. Teil der Veranstaltung wurde eine Kundgebung für die Volksabstimmung am 10. Okt. 1938 durchgeführt. Dann sollte über den schon am 13. März vollzogenen Anschluss Österreichs abgestimmt werden.

Die „Wehrhaftmachung des breiten Volkes“

Hitler wollte die massive Aufrüstung, um in einem baldigen Krieg „Lebensraum“ im Osten zu gewinnen. Dazu brauchte er nicht nur eine große Kriegsmaschinerie mit neuen Waffen, Kasernen, Flugplätzen und Häfen, sondern auch einsatzfreudige, begeisterte Soldaten, die von der Gesellschaft geistig-seelisch unterstützt werden mussten. Daher war die Stärkung der Wehrbereitschaft in der Bevölkerung erforderlich.

In der Weimarer Republik hatte das Militär gesellschaftlich zumeist eine untergeordnete Rolle gespielt. Es war ohnehin durch den Versailler Vertrag von 1919 in als schmachvoll empfundener Weise eingeschränkt worden auf ein 100.000-Mann-Heer und eine 15.000-Mann-Marine, für die beide nur Berufssoldaten mit 12 Jahren Dienstzeit, für Offiziere sogar 25 Jahre vorgeschrieben waren, um die Beteiligung der jungen Generation und überhaupt die Beziehung zur Bevölkerung gering zu halten. Versailles hatte auch den Verzicht auf die Luftwaffe und auf schwere Waffen überhaupt auferlegt – auch dies trug zum Missmut des Militärs bei. – Die demokratische Führungsschicht von Weimar nun wünschte von der Reichswehr politische und gesellschaftliche Zurückhaltung, und diese fühlte sich entsprechend stiefmütterlich behandelt.

Nach 1933 erfuhren die Militärs von den neuen Machthabern jetzt die Anerkennung und Bestätigung, die sie vorher entbehrt hatten, und waren gerne bereit, die „Wehrhaftmachung des breiten Volkes“, wie es General Fritz von Blomberg nach seiner Ernennung zum Reichswehrminister vom 30. Jan. 1933 formulierte, mitzutragen und voranzutreiben. Zu Amt und Person sei nebenbei bemerkt: Ab 1935 hieß er Reichskriegsminister, bis er 1938

entlassen wurde. Hitler sprengte durch mehrere vertragswidrige Maßnahmen die „Fesseln von Versailles“: 1935 Einführung der allgemeinen Wehrpflicht; 1936 Besetzung der entmilitarisierten Zone des Rheinlandes und Wiederherstellung der vollen militärischen Souveränität; 1938 Anschluss Österreichs. Jede dieser Maßnahmen wurde auch in Husum durch öffentliche Veranstaltungen „gefeiert“ und damit ins allgemeine Bewusstsein gehoben. Wir wollen hier beispielhaft eine Veranstaltung in Husum kurz schildern, die bereits Mitte des Jahres 1933 ganz im Sinne des NS-Staates die neue Rolle des Militärs demonstrieren sollte.

Der Gau-Marinetag am 2. Juli 1933, veranstaltet von den Marinevereinen in der Provinz unter Beteiligung vieler politischer Kampfbünde, rückte die Reichswehr in den Blickpunkt; denn in dem langen Festumzug war auch eine Infanterie-Einheit der Reichswehr in alten Uniformen und mit aufgesetztem Stahlhelm vertreten. Der HN-Berichtersteller schreibt dazu: „Festzug durch die Stadt. Über einen halben Kilometer lang, bot der imposante Zug, in dem alle militärischen Vereine und vaterländischen Verbände unserer Stadt und SA und Stahlhelm vertreten waren, ein wunderhübsches Bild... Jubelnd wurde eine Abteilung Infanterie in der alten Uniform begrüßt ...“

Diese Veranstaltung hatte am Tag vorher mit dem Einlaufen von fünf Schiffen der Kriegsmarine in den Husumer Hafen begonnen. Die Schiffe wurden von Tausenden von Zuschauern begrüßt und später neugierig von vielen Jungen und Erwachsenen an Bord besichtigt. Der Husumer Segelverein führte mit seinen Segel- und Paddelbooten eine Parade vor dem Flaggschiff der Kriegsmarine durch. Im Grußwort des Husumer Marinevereins von 1897 hieß es laut HN-Abdruck: „Zu einer Wiedergewinnung der deutschen Weltgeltung bedarf es der Sammlung aller Volksgenossen in der Erinnerung an die Großtaten des einigen Volksganzen in den vergangenen Jahren. National fühlen, national denken, überall sich national betätigen, das ist die Forderung der Zeit!“ Auf dieser großen Veranstaltung hatte sich das starke Interesse für das Militär bei einem großen Teil der Bevölkerung gezeigt, und Partei und Reichswehr konnten daraus für sich positive Schlüsse ziehen.



Die Minensuchboote der Marine im Husumer Hafen am Marinetag 1933 fanden großes Interesse bei Jung und Alt.

Die Fertigstellung der Militäranlagen in Husum – erst nach Kriegsbeginn.

Im Zuge der Aufrüstung in der NS-Zeit entstanden auch in Schleswig-Holstein große Kasernen und sonstige Militäranlagen, und zwar hauptsächlich in den größeren Hafenstädten Lübeck, Kiel und Flensburg, außerdem in Rendsburg. Obwohl Husum bei Kriegsbeginn noch keine fertigen Kasernen hatte, wurde es doch „über Nacht“ zur Garnisonstadt, weil es nämlich mit der Mobilmachung Ende August 1939 plötzliche Einquartierungen stationärer Einheiten in mehreren provisorischen Unterkünften bekam: in den Gasthöfen Schützenhof (heute Irene-Thordsen-Kongresshalle), Gottburgsen auf der Neustadt, Schulterblatt beim Viehmarkt, Doppellinde in Rödemis und Hensen's Garten in der Nordbahnhofstraße und in verschiedenen Schulen [Siehe Kriegschronik der Stadt Husum 1939-1947, geführt von Büroleiter Peter Ketelsen und Mitarbeitern. Unveröffentlichte Handschrift in KANF (Stadtarchiv Husum), S. 1 ff]. Für die Marinekaserne an der Flensburger Chaussee wurde ab 4. April 1938 das nötige Gelände aufgekauft, und zwar über 20 ha. Die letzten der 31 Grundstücke in Osterhusum gingen am 20. Februar 1940 in den Besitz des Reiches über (siehe Akte „Liegenschaften“ Sachheft A9 in Standortverwaltung Husum).– Übrigens wurde das Kasernengelände nach Auskunft von Sachbearbeiter Rüdiger Stemke nach 1956 auf 27,46 ha erweitert. – Der Einzug in die neuen Ka-

sernenanlagen erfolgte nach gut einjähriger Bauzeit am 6. Juli 1940 und wurde mit einem Umzug durch die Stadt verbunden, an dem auch Züge der „Festen Horchstelle Hockensbüll“ und der mit ihr eng zusammenarbeitenden „Wetterfunkempfangsstelle W 22 Lundberg“ teilnahmen. Zu dem Zeitpunkt war auch die große Wäscherei an der Osterhusumer Straße nahe der Husumer Au fertig. Die Wetterfunkstelle war ab Herbst 1938 eilig und provisorisch in Baracken auf dem Lundberg eingerichtet worden. Die ersten Funker waren noch in Zivil, wie sich Albert Person (Mildstedt), damals dort Soldat, erinnert. Diese Stelle wurde von dem ersten Nachrichtenregiment des Reiches aus Braunschweig aufgebaut und diente auch der Flugaufklärung wie die Horchstelle im Nordosten der Stadt, die übrigens nach dem nahegelegenen Schobüller Ortsteil Hockensbüll benannt wurde, obwohl das Gelände ja zur ehemaligen Schobüller Dorfschaft Lund gehört hatte.

Gleich nach dem Kriegsbeginn vom 1. Sept. 1939 begannen die Arbeiten an dem Flugplatz Schauendahl, übrigens unter dem seltsamen Decknamen „Kinderschreck“. Dort war vorher ein Zivilflugplatz, auf dem die Flughafengesellschaft schon im Anfangsjahr 1930 die 22 x 13 m große und 8 m hohe Flugzeughalle errichtet hatte. Dieser Platz mit seinen Grasbahnen hatte besonders den aus Hamburg, Berlin und Frankfurt/M. anreisenden Viehhändlern gedient. Ab Herbst 1939 nun entstanden, wie Jürgen Dietrich in seiner Schrift „Geschichte der Husumer Flugplätze Schauendahl und Schwesing“ darstellt, „betonierte Start- und Landebahnen in einer Dreiecksanordnung von 1.200 bis 1.700 m Länge“. Der Flugplatz wurde auf rd. 400 ha Fläche ausgeweitet, so dass auch Bauernhöfe auf Horstedtfeld weichen mussten. Das Offizierskasino wurde nahe dem Gallberg gebaut und später zum Hauptgebäude der Klaus-Groth-Schule umfunktioniert. Für die fliegenden Besatzungen wurde ein weiteres festes Gebäude am Marienhofweg errichtet, während die Soldaten in Baracken in derselben Straße untergebracht wurden.

Der Flugplatz war im April 1940 soweit fertig, dass die vom Angriff auf Dänemark und Norwegen zurückkehrenden Flugzeuge hier landen konnten. Am 28. Juni 1940 gab es den ersten britischen Bombenabwurf auf dem

Platz – von Kriegshandlungen soll hier jedoch nicht weiter berichtet werden (siehe dazu Geschichte Husums von den Anfängen bis zur Gegenwart“. Husum 2003., S. 228 f.).

In der neuen Jugendherberge an der Schobüller Straße wurde ein Reservelazarett eingerichtet, das im Juli 1940 schon stark belegt war (Siehe versch. Kurzberichte über Lazarettbesuche von parteiamtlicher Seite in den HN v. Anfang Juli 1940 unter „Aus Stadt und Land“) und bis Kriegsende auf rund 3.000 Verwundete in 13 Gebäuden anwuchs (siehe „Geschichte Husums, S. 229). Husum war also 1938 durch Eingemeindungen auf die für eine Garnisonstadt erforderliche Größe gebracht worden, aber deren militärische Einrichtungen waren zum großen Teil erst 1940 benutzbar, also fast ein Jahr nach Kriegsbeginn.

Eingemeindungen und Garnisonstatus im Rückblick. Die Eingemeindungen liegen heute im Jahre 2006 über 68 Jahre zurück. Die kirchliche Herauslösung aus der Kirchengemeinde Mildstedt wurde 1948 vollzogen, doch sind beide Vorgänge bei der älteren Generation noch in Erinnerung und werden z. T. bedauert. Der Stadtteil Rödemis führt jedoch trotz Eingemeindung mit seinen kulturellen Mittelpunkten Kirche und Schule ein reiches eigenes Gemeinschaftsleben mit vielen Vereinen und hat dieses Eigenleben auch schon 1969 anlässlich der 650-Jahr-Feier zum Ausdruck gebracht, als die Vereine auf der Festwiese Kuhgräsung den Granitstein mit der Aufschrift „Röms blivt Röms“ setzten. Darin haben damals einzelne Stadtvertreter auch fortdauernde Unzufriedenheit alter Rödemisser Bürger gesehen und nun ihrerseits ihren Unmut über diese Rödemisser Meinungsbekundung geäußert, wie der Verfasser dieses Beitrages als Zeuge miterlebte. Auch der auf Rödemisfeld entstandene Ortsteil Dreimühlen hat eigene Vereine aufgebaut. Dagegen hat der Stadtteil Osterhusum ähnlich wie Nordhusum kaum ein eigenes Gemeinschaftsleben bewahrt bzw. entwickelt. Zu nennen sind hier für Osterhusum Schützen- und Ringreiterverein im Ortsteil Kielsburg und für Nordhusum die Kirchengemeinde.

Bei allem Für und Wider bleibt jedoch festzuhalten, dass sich durch die Eingemeindungen für Regierung und Militär der Umgang mit nur einer Ortsverwaltung, eben mit der von



Die Versöhnungskirche an der Ecke Hermann-Tast-Straße/ Berliner Straße entstand nach dem 2. Weltkrieg im neuen Stadtteil Husum Nord. Unmittelbar westlich von dem Standort der Kirche befanden sich Abstellflächen und Rollbahnen des alten Flugplatzes Schauendahl.

Husum, ergeben hatte und sehr viel einfacher war und dass andernfalls die Eingemeindungsfrage nach 1945 im Zuge der Entwicklung Husums von der Kleinstadt zur Mittelstadt mit über 20.000 Einwohnern sowieso akut geworden wäre und die Politik immer wieder beschäftigt hätte.

Was nun den Garnisonstatus angeht, so hat die Stadt insgesamt gesehen davon Vorteile gehabt und hat sie auch weiterhin. Bei Kriegsende wurden die Kasernen an der Flensburger Chaussee von Besatzungssoldaten belegt und mit dem Aufbau der Bundeswehr in den 1950er Jahren von der Luftwaffe als Fliegerhorstkaserne 1956 übernommen und sind heute von einer Flugabwehrraketengruppe belegt.

Als zweiter Kasernenkomplex kam die 1959 bezogene Julius-Leber-Kaserne, gelegen am Ende der Matthias-Claudius-Straße, hinzu. Diese Einrichtungen stärken die Wirtschaftskraft und damit die Bevölkerungsentwicklung der Stadt ganz erheblich. Husum bemüht sich daher um ihre Erhaltung gerade in diesen Jahrzehnten der Truppenreduzierung bei der Bundeswehr, ist doch hier der Nato-Flugplatz schon weitgehend aufgegeben und ein Teil ab 1. April 2000 als Zivilflugplatz eröffnet worden.